

Refugees welcome: Solidarisch gegen rassistische Angriffe!

Ob in Hildesheim, Parchim oder Berlin: Auf's Neue erfahren wir täglich von Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte und die Menschen, die bei uns Schutz vor Gewalt, Verfolgung oder menschenunwürdigen Verhältnissen suchen. Viele von ihnen sind traumatisiert und haben viel Leid und Not erfahren. Wir müssen verhindern, dass sie in Deutschland weiteres Leid, Anfeindungen und Angriffe erleben.

Mehrere Tage hat ein rassistischer Mob in Heidenau bei Dresden Ende August Flüchtlinge und ihre UnterstützerInnen bedroht, sie mit Böllern und Steinen attackiert. Die ebenso angegriffene Polizei führte keine Festnahmen auf Seiten des Mobs durch. Diese Straffreiheit für Rassisten und die Untätigkeit der sächsischen Polizeibehörden ruft Erinnerungen an die unerträgliche Situation Anfang der 90er Jahre in Deutschland wach, in der das Leben von MigrantInnen und Flüchtlingen durch rassistische Angriffe besonders bedroht war. Dies darf sich nicht wiederholen.

Politik und Behörden müssen die Bedrohung von Rechts ernst nehmen, konsequent gegen rassistische Angreifer vorgehen und ihrer Hetze den Boden entziehen. Dazu gehört, dass die Politik es unterlässt, angesichts der gestiegenen Flüchtlingszahlen einen Notstand herbeizureden oder durch Untätigkeit unerträgliche Zustände vor Aufnahmezentren erzeugt. Deutschland als eines der reichsten Länder der Welt muss in der Lage sein, Flüchtlinge in festen Unterkünften unterzubringen und medizinische Grundversorgung, Trinkwasser und Verpflegung zur Verfügung zu stellen, ohne dass diese Leistungen als zusätzliche Belastungen für die Kommunen in der Öffentlichkeit breit getreten werden. Dazu gehört eine personelle Ausstattung in der Flüchtlingsarbeit und in den Aufnahmeeinrichtungen, der die wichtige Arbeit der Beschäftigten in angemessener Form bewältigbar macht.

Die Politikerrede vom „massenhaftem Asylmissbrauch“, die Unterscheidung in „gute“ und „schlechte“ Flüchtlinge und Vorschläge, Geld- und Sachleistungen für ungewollte Menschen aus den krisengeschüttelten Balkanstaaten zu kürzen, leisten der Auffassung Vorschub, dass die Flüchtlinge selbst für die aufgeladene Stimmung verantwortlich seien. Diejenigen, die rassistische Anschläge ausüben oder begrüßen, werden sich von derlei Äußerungen nicht von ihren Taten abhalten lassen, sie sind vielmehr Treibstoff und Ermunterung für weitere Angriffe.

Dagegen sollte sich die Politik in ihrer Haltung an dem Engagement vieler Beschäftigter in den zuständigen Behörden und den zivilgesellschaftlichen Willkommensinitiativen orientieren, die die Menschen bei der Unterbringung, Versorgung oder bei der Sprachförderung unterstützen. Dabei darf nicht vergessen werden, dass dies eigentlich Aufgaben staatlicher Einrichtungen sind. Dieses ehrenamtliche Engagement ist Ausdruck gelebter Solidarität und muss anerkannt, aber auch konkret unterstützt werden. Willkommenskultur braucht Willkommensstrukturen!

Wir fordern die ver.di-Mitglieder und die Kolleginnen und Kollegen der DGB-Gewerkschaften auf, sich an den vielfältigen Aktivitäten der Willkommensinitiativen zu beteiligen und der zunehmenden rassistischen Gewalt entgegenzutreten.

Refugees welcome!

Erdoğan Kaya
Vorsitzender ver.di Bundesmigrationsausschuss

Romin Khan
Referent Migrationspolitik
ver.di Bundesverwaltung